



## **Antrag**

der Fraktionen von SSW und SPD

### **Neues Landesaufnahmeprogramm für Êzîdinnen und Êzîden**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Landesaufnahmeprogramm für Êzîdinnen und Êzîden gemäß § 23 Abs. (1) Aufenthaltsgesetz aufzulegen.

Ziel soll es sein, den in Schleswig-Holstein befindlichen Êzîdinnen und Êzîden einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu ermöglichen und Möglichkeiten zu schaffen, dass Familienangehörige im Ausland in Schleswig-Holstein mit ihren hier lebenden Familienangehörigen zusammengeführt werden können.

Begründung:

Im Sommer 2014 begingen IS-Terroristen einen Völkermord an den Êzîdinnen und Êzîden im Nordirak.

Fast zehn Jahre später, am 19. Januar 2023, wurde der Resolutionsantrag „Anerkennung und Gedenken an den Völkermord an den ÊzîdInnen 2014“<sup>1</sup> von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages angenommen und somit die Verbrechen des sog. Islamischen Staates (IS) an den Êzîdinnen und Êzîden einstimmig als Völkermord anerkannt.

Seit 2023 mehren sich jedoch Berichte über Abschiebungen von Êzîdinnen und Êzîden.<sup>2</sup> Während syrische Êzîdinnen und Êzîden als Geflüchtete in Deutschland nach wie vor eine hohe Anerkennungsquote haben, müssen Angehörige der êzidischen Gemeinschaft aus dem Irak wegen der Öffnung von Abschiebungsmöglichkeiten in den Irak insgesamt mit Abschiebung rechnen. Die ist

---

<sup>1</sup> BT-Drucksache 20/5228

<sup>2</sup> <https://www.tagesschau.de/investigativ/monitor/abschiebungen-irak-jesiden-100.html> (zuletzt aufgerufen am 05.09.2024)

mit Blick auf die Gefahren, die Êzîdinnen und Êzîden bei Rückkehr in ihre Herkunftsländer drohen nicht verantwortbar.<sup>3</sup>

Sie erwartet auch bei Rückkehr in die irakisch-kurdischen Gebiete eine sehr prekäre Situation vor Ort, die die basalen Lebensgrundlagen nicht bietet. So mangelt es an Wohnraum, Einkommensmöglichkeiten und Infrastruktur wie etwa Strom und Wasser. Nicht zuletzt muss mitbedacht werden, welche psychischen Belastungen denen drohen, die durch eine erzwungene Rückkehr ins „Land der Täter“ zurückkehren.

Im schwarz-grünen Koalitionsvertrag ist bereits ein neues Landesaufnahmeprogramm 500 vorgesehen. Hierbei sollen „besonders vulnerable und gefährdete Gruppen in den Blick genommen werden“.<sup>4</sup>

Dies bietet sich in der derzeitigen humanitären Lage besonders gut für Êzîdinnen und Êzîden an, die hier bei uns in Schleswig-Holstein auf eine Community zurückgreifen können, die sich teilweise schon sein Ende der 60er Jahre in Schleswig-Holstein befindet.

Lars Harms  
und Fraktion des SSW

Serpil Midyatli  
und die Fraktion der SPD

---

<sup>3</sup> Siehe dazu u.a. Irak-Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom 5.6.2024 sowie ein Gutachten von PRO ASYL und WADI v. April 2024 (<https://www.frsh.de/artikel/fluechtlingsrat-forder-schutz-fuer-jesidinnen>)

<sup>4</sup> Koalitionsvertrag 2022-2027, 22.06.2022, S. 118.